



## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle  
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom  
30.10.2019
- 3 Außerplanmäßige Auszahlung (Investitionen) für die Errichtung einer  
Tennisanlage am Kuhforter Damm an den Sportverein USV Tennis  
Vorlage: 19/SVV/1209  
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Arbeitsaufnahme eines Präventionsrates der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 19/SVV/1183  
Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung und Sicherheit
- 4.2 Bericht zur paritätischen Besetzung von Fachbereichsleitungen  
Vorlage: 19/SVV/1211  
Oberbürgermeister, Fachbereich Personal und Organisation
- 5 Sonstiges

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 30.10.2019**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die  
Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder bzw.  
stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur vorliegenden öffentlichen Tagesordnung schlägt er vor, diese unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ um Informationen zur Tarifentwicklung im Klinikum Ernst von Bergmann zu erweitern.

Die so geänderte Tagesordnung wird mit Stimmenmehrheit **bestätigt**.

Zur Niederschrift der 7. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 30.10.2019 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 12 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

**zu 3      Außerplanmäßige Auszahlung (Investitionen) für die Errichtung einer Tennisanlage am Kuhforter Damm an den Sportverein USV Tennis  
Vorlage: 19/SVV/1209**

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Auf eine Einbringung der Vorlage wird verzichtet.

**Der Hauptausschuss beschließt:**

**Für die Errichtung einer Tennisanlage am Kuhforter Damm im Ortsteil Golm (Investitionsnummer: 23002001 „Tennisanlage Kuhforter Damm“) wird zur Deckung der Mehrauszahlungen die außerplanmäßige investive Auszahlung i. H. v. 500.000,00 EUR im Haushaltsjahr 2019 genehmigt. Die Deckungsquelle bildet die Investitionsmaßnahme „Schlaatz Belagserneuerung“ (Investitions-Nummer: 21000026).**

**Mit der Vorlage soll die Errichtung einer Tennisanlage am Kuhforter Damm im Ortsteil Golm ermöglicht werden.**

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig **angenommen**.

**zu 4      Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 4.1    Arbeitsaufnahme eines Präventionsrates der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 19/SVV/1183**

Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung und Sicherheit

Die Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, Frau Meier erläutert die Mitteilungsvorlage. Herr Dr. Scharfenberg merkt kritisch an, dass er eine Mitteilung für das Vorhaben für nicht ausreichend halte und wenn dies ernst gemeint sei, sollte es einen Beschluss in der Stadtverordnetenversammlung geben. Herr Vierig betont, dass die Bestrebungen positiv seien und ein Beschluss richtig und wichtig. Auf seine Nachfrage zur Einbindung der Fraktionen, entgegnet Frau Meier, dass dies themenbezogen erfolgen werde.

Der Oberbürgermeister verweist auf die intensive Diskussion der Thematik im letzten Jahr und schlägt vor, jetzt mit der „Mitteilung“ zu beginnen, weiter zu präzisieren und danach zur Beschlussfassung in der Stadtverordnetenver-

sammlung vorzulegen. Im Frühjahr 2020 sollte es einen „ersten konzeptionellen Aufschlag“ in der Stadtverordnetenversammlung geben. Eines Grundsatzbeschlusses bedarf es nicht, da dieser bereits existiere.

Frau Dr. Müller empfiehlt, sich mit dem Beschlussvorschlag zu überlegen, welche Mechanismen hinsichtlich der Außenwirkung eingerichtet werden sollen. Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

#### **zu 4.2 Bericht zur paritätischen Besetzung von Fachbereichsleitungen Vorlage: 19/SVV/1211**

Oberbürgermeister, Fachbereich Personal und Organisation

Herr Jetschmanegg, Geschäftsbereich Zentrale Verwaltung, erläutert den vorliegenden Bericht. Frau Armbruster betont, dass sie die frauenpolitische Komponente in der Mitteilungsvorlage vermisst und dieser Part unbedingt mit aufgenommen werden müsse. Aus ihrer Sicht sichere das jetzige Vorgehen die paritätische Besetzung nicht. Zudem sei die Frage, wie die Frauen, die sich über das Mentoringprogramm der Stadt qualifiziert haben, für Führungspositionen berücksichtigt werden.

Auf die Nachfrage von Herrn Keller und Frau Laabs, ob die Gleichstellungsbeauftragte an der Erarbeitung der Vorlage beteiligt wurde, verneint Frau Trauth; sie habe dieser aber zugestimmt.

Frau Dr. Günther sieht einen guten Ansatz in dem Verfahren und schlägt vor, die Mitteilungsvorlage beim Treffen der Fraktionärinnen am 21.11.2019 nochmals vorzustellen. Aus ihrer Sicht werde bezüglich der möglichen Maßnahmen z.B. unter dem Punkt 2 zu sehr auf Teilzeit abgestellt und sollte das Kompetenzprofil gendergerecht formuliert werden.

Herr Jetschmanegg führt bezugnehmend auf die Diskussion aus, dass die Problematik zwischen der Arbeitsfähigkeit der Verwaltung und der Umsetzung der hier diskutierten Zielstellung bestehe. Mit dem Bericht werden die ersten Schritte dargestellt und müssen nun weiter präzisiert werden. Er sagt die Vorstellung der Mitteilungsvorlage beim Treffen der Fraktionärinnen am 21.11.2019 zu. Das Frauenmentoringprogramm sei noch nicht unter der Maßgabe der Besetzung von Leitungsfunktionen gestartet worden, findet aber in einem zweiten Schritt stärkere Berücksichtigung. Anlässlich des Treffens mit den Mentees hätten die Stadtverordneten auch die Gelegenheit entsprechende Erfahrungen mit den Kolleginnen auszutauschen.

Der Oberbürgermeister empfiehlt, nach dem Treffen die Ergebnisse und Ideen an Herrn Jetschmanegg weiterzugeben. Auf die Empfehlung von Herrn Teuteberg, die interkulturelle Öffnung als Thema mit aufzunehmen und zu bearbeiten, betont er, dass sich die Stadtverwaltung ohnehin schon aus quantitativen Erwägungen heraus dem Thema widmen müsse und auch werde.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

#### **zu 5 Sonstiges**

Informationen zur Tarifentwicklung im Klinikum Ernst von Bergmann

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister Herrn Grebner, Frau Prof. Dr. Fischer und Frau Bretag vom Klinikum Ernst von Bergmann sowie Herrn Handreck, Stadt Forst (Lausitz) und Herrn Schmidt (Geschäftsführer der

Lausitz Klinik Forst).

Herr Grebner erläutert an Hand einer Powerpoint-Präsentation die Möglichkeiten der Umsetzung des geplanten Vorgehens für das Klinikum Ernst von Bergmann und die Standorte Bad Belzig und Forst sowie die vorgeschlagene dreistufige Angleichung für das weitere nichtärztliche Personal über drei Jahre, den 5-Stufen-Plan zur Angleichung für die Diagnostik und die KBB. Anschließend erläutern Herr Handreck und Herr Schmidt die Situation für den Standort Forst und werben dafür, auch weiterhin den Haustarifvertrag anzuwenden.

Anschließend spricht der Oberbürgermeister an die Beteiligten ein Kompliment aus, weil das Thema verantwortungsvoll und offen diskutiert wurde. Vor allem ohne gleich Entscheidungen zu treffen, sondern das Vorgehen erstmal auszutesten. Er schlägt zum weiteren Verfahren vor, die Präsentation den Fraktionen zur Verfügung zu stellen und nach der Diskussion in den Fraktionen zu einer gesonderten Runde an seinem Tisch einzuladen. Auf Grund des mehrheitlichen Willens der Fraktionen werde eine Beschlussvorlage für die Stadtverordnetenversammlung vorbereitet, da das Klinikum einen eindeutigen Handlungsauftrag des Gesellschafters benötige.

Herr Friederich äußert in der sich anschließenden Diskussion Bedenken, dass das Vorhaben, Mittel aus dem städtischen Haushalt an das Klinikum abzuführen, um die entstehenden Defizite auszugleichen, kommunalrechtlich korrekt sei. Er bittet den Oberbürgermeister, dies, einschließlich der Haftungsansprüche an die Stadtverordneten, zu prüfen. Unabhängig davon, dass die Tarifangleichung wichtig sei, bestehe der politische Anspruch, die medizinische Daseinsvorsorge in der Region zu sichern.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass tragfähige Beschlüsse benötigt werden. Sollte das Vorhaben rechtlich nicht zulässig sein, dann sollte das jetzt und nicht erst am Ende des Bürgerbegehrens gesagt werden.

Herr Teuteberg signalisiert in Richtung der Vertreter aus Forst, dass die Stadt nicht „vom hohen Ross“ und auf Grund der Mehrheitsanteile zu Lasten der ländlichen Regionen entscheiden werde.

Frau Dr. Günther weist darauf hin, dass Spielräume für Geringverdiener fehlen, z.B. bei der Anmietung von Wohnungen in Potsdam. Die Politik habe auch die Verantwortung für die Menschen.

Abschließend verweist der Oberbürgermeister auf das von ihm vorgeschlagene Verfahren mit der Kenntnisnahme der Berichterstattung in einem ersten Schritt und der Möglichkeit im Zweifelsfall Nachfragen stellen zu können sowie einem Termin an seinem Tisch. Er sagt eine rechtliche Prüfung zu, welche Möglichkeiten die Stadt bezüglich der Zuschüsse aus dem städtischen Haushalt habe, um sich einem Beschlussvorschlag annähern zu können. Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.